September 2010 Buchbesprechung 55

Lesen gegen den Klimawandel

Bücher für eine kreative Denkpause zwischen Kopenhagen und Cancún (Teil 6)

Martin Voss (Hrsg.): Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven

Ein erster Blick auf die Kapitelgliederung lässt bereits erahnen, dass der Sammelband unter einer gattungstypischen Schwäche leidet: Zwischen den Buchdeckeln sind nicht logisch verknüpfte. einen repräsentativen Überblick verschaffende Aufsätze versammelt. Statt die sozialwissenschaftliche Klimawandelforschung systematisch zu ordnen, zeugen die dem Buch seine analytische Struktur gebenden Kapitel eher von chaotischer Konzeptlosigkeit. Sie lauten: 1. Klimadiskurs, 2. Klimawandel-Governance, 3. Klimagerechtigkeit, 4. Wahrnehmung des Klimawandels, 5. Anpassung an den Klimawandel. Auch nach Lektüre des Buchs findet sich keine (implizite oder explizite) Begründung für die Wahl eben dieser - zweifellos spannender, aber wegen der arbiträren Auswahl keinen Erkenntnisgewinn bringender - Themenbereiche. Dass sie dem Versuch entspringt, das sozialwissenschaftliche Nachdenken über Klimawandel durch einen kreativ-unkonventionellen Ordnungsansatz anzuregen, bleibt ein unerfüllter Wunsch der Leserin. Die Botschaft der einzelnen Beiträge wäre durch mehr analytische Klarheit im Gesamtkonzept, beispielsweise durch eine Gliederung nach Fachbereichen oder theoretischen respektive methodischen Ansätzen, sicherlich deutlicher geworden.

Inhaltlich ist der Band ein Sammelsurium qualitativ höchst unterschiedlicher, nicht immer auf die eigentliche Aufgabenstellung eingehender Beiträge. Diese hatte Herausgeber Martin Voss, Sozio-

loge und Leiter der Katastrophenforschungsstelle in Kiel, so formuliert: Die AutorInnen sollen "aus ihrer jeweiligen (Fach-)Perspektive heraus skizzieren, was sozialwissenschaftliche Klimawandelforschung zu leisten vermag". Tatsächlich tischt er ein riesiges Menü auf: Es folgen 21 Beiträge, die fast zur Hälfte von Soziologen verfasst sind. Vertreten sind auch einige Okonomen, Politologen und Ökologen. Jeweils ein Autor deckt die Bereiche Philosophie, Psychologie, Architektur, Recht, Medienwissenschaft und Informatik ab. Leider fällt das Festmahl dann etwas mager aus, denn obwohl alle Aufsätze interessante Blickwinkel eröffnen und vielversprechende Forschungsrichtungen andeuten, fehlt den meisten Beiträgen die versprochene Inventarisierung. Durchweg gelungen sind die Desserts: Jedem Beitrag folgt eine weiterführende Literaturliste, so dass auf 50 der insgesamt 400 Seiten des Sammelbands eine kleine sozialwissenschaftliche Klimawandelbibliothek entstanden ist.

Trotz der überwiegenden Kritik am Gesamtresultat machen einige Beiträge das Buch durchaus lesenswert. Beispielsweise verdeutlicht der Soziologe und wissenschaftliche Mitarbeiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung Fritz Reusswig, inwiefern der durch Menschen verursachte Klimawandel eine "sozial-ökologische Doppelnatur" hat. Klimawandel berühre das Verhältnis von ("sinnfremder") Natur und ("sinnhafter") Gesellschaft, wobei letztere "hauptsächlich an drei Punkten ins Spiel" komme: Als Verursacher von Treibhausgasemissionen, als Beobachter einer steigenden globalen Mitteltemperatur sowie als "Bewertungs- und Handlungsrahmen", in dem das Phänomen interpretiert und Reaktionen ausgehandelt werden. Der Autor analysiert "KlimaPia Oppel

Martin Voss (Hrsg.): Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010, 49,95 Euro



Pia Oppel hat Geschichte und Politikwissenschaft in Freiburg i. Br. (D) studiert und arbeitet derzeit als freiberufliche Journalistin.

Inhaltlich ist der Band ein Sammelsurium qualitativ höchst unterschiedlicher, nicht immer auf die eigentliche Aufgabenstellung eingehender Beiträge. wandeldiskurse" seit Mitte des 20. Jahrhunderts und stellt seit der Publikation des Vierten Sachstandberichts des IPCC einen Wandel fest, den er als "Gewichtsverteilung zugunsten der Sozialwissenschaften [beschreibt], die das ursprünglich von den Naturwissenschaften entdeckte und lange dominant von ihnen behandelte Thema Klimawandel nunmehr unter gezielter Inanspruchnahme naturwissenschaftlichen Wissens bearbeiten". Im Zentrum der Debatte stehen seither Fragen, die rein naturwissenschaftlich nicht zu beantworten sind, beispielsweise wenn gefährlicher Klimawandel definiert oder ein gerechtes globales Klimaschutzregime entworfen werden soll. Reusswig formuliert davon ausgehend das Forschungsprogramm für eine Umweltsoziologie, deren Untersuchungsgegenstand die so genannte "postkarbone Gesellschaft" ist, sowie ihre möglichen Ausgestaltungen und Konfliktlinien. Hierzu müssten klassische Fragestellungen (bspw. sozialer Wandel, soziale Ungleichheit, Innovation ...) im Sinne einer stärkeren Praxisorientierung, auch in Form von Zukunftsprognosen, weiterentwickelt werden - mit dem Ziel, den gesellschaftlichen Wandel anzustoßen. Mögliche Forschungspisten zielen u. a. auf Mentalitäten ("Welche sozialen Mechanismen der Akzeptanz oder gar der Wünschbarkeit von erneuerbaren Energieträgern lassen sich identifizieren?"), Urbanismus ("Wie sieht die klimafreundliche Stadt der Zukunft aus?"), Medien ("Wird die postkarbone Gesellschaft eher durch eine kulturelle Angstkommunikation oder durch positive Visionen vorangetrieben?"), Gesellschaft ("Welche sozial-ökologischen Folgen ergeben sich aus sozio-technischen "Lösungen" des Klimaproblems?") sowie politische Gestaltungsformen.

Larry Lohmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der britischen NGO "Corner House", formuliert den gleichen Aufruf an die Sozialwissenschaft, gründet diesen aber aus einer kritischen Lagebeschreibung. Wie der Titel seines Beitrags "Climate Crisis: Social Science Crisis" andeutet, ist der Autor besorgt darum, dass "a lack of ,social science' knowledge (...) is damaging current efforts to come to grips with global warming". Seine Fallstudie zum Emissionshandel schließt Lohmann mit dem Urteil, das System führe zu einer Verzögerung strukturellen Wandels, weil es blind dafür ist, wo Emissionen reduziert werden. Investitionen flössen in billige Energieeffizienzsteigerung und nicht in Technologieentwicklung für erneuerbare Energien oder sozialen Wandel. Der UN-Prozess mit seinem Fokus auf marktbasierten Instrumenten zum Klimaschutz habe ein konzeptuelles Universum geschaffen, in dem ein neues neoliberales Projekt unter dem Deckmantel des Klimaschutzes florieren könne und auf das sich die Akteure in den Ministerien, der Finanzwelt, dem Umweltschutz und eben auch in der Forschung spezialisieren und alternative Methoden aus dem Blickfeld geraten: "The enormous commercially-oriented social and political infrastructure that has resulted (...) has not only diverted resources toward reinforcing richer societies' addiction to fossil fuels. It has also dangerously narrowed the range of social science research and discussion topics concerning climate change that are considered either fundable or ,politically correct'." Er beschreibt damit eine Entwicklung, die in den Sozialwissenschaften "Pfadabhängigkeit" genannt wird. Die Aufgabe kritischer sozialwissenschaftlicher Forschung wäre es jetzt, so Lohmann, den Konformismus des eingeschlagenen Pfads zu durchbrechen, und nicht rein marktbasierten, wirksameren Formen des Klimaschutz Gehör zu verschaffen.

Dass die Klimaschutzdebatte technische Utopien produziere, "während soziale immer noch als ein Tabu erscheinen", kritisiert auch der Soziologe Falk Schützenmeister, derzeit Gastwissenschaftler an der UC Berkeley, in seinem Beitrag "Hybrid oder autofrei? - Klimawandel und Lebensstile". Diese Forschungslücke könne u.a. anhand von Lebensstilstudien gefüllt werden. Das Konzept formuliert er im Anschluss an die funktionale Definition Anthony Giddens', "in der Lebensstile als sinnvoll geordnete Bündel von Praktiken zum Ausdruck von Identität gefasst werden". Ziel einer ökologischen Lebensstilforschung sei es, das Verhältnis der Sinn- und Ressourcenebene von Lebensstilen genauer in den Blick zu nehmen, um die Verkürzung, ökologisches Bewusstsein gleich ökologischer Lebensstil gleich Ressourcenschonung, aufzulösen – weil "Treibhausgasemissionen nicht durch Meinungen und Einstellungen, sondern durch Praktiken entstehen".

Der Reiz des Lebensstilkonzepts liegt darin, dass Zusammenhänge von Klimaänderung, individuellem Handeln und gesellschaftlichem Wandel erkenntlich werden. Die "tiefe Einbettung von Praktiken in Lebensstile ist ein Grund dafür, dass allzu naive normative Forderungen nach der Anderung des Umweltverhaltens meist verhallen." Es ergeben sich spannende Anknüpfungspunkte für die Umweltpolitik, deren Ziel, so der Autor, es sein müsste, "die institutionellen, ökonomischen und materiellen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass die Ressourcen zur Gestaltung neuer, umweltfreundlicher Lebensstile zur Verfügung stehen bzw. die strukturellen Zwänge bestehender sozio-technischer Systeme reduziert werden". In der Mobilitätsforschung sind Lebensstilanalysen bereits Usus und Schützenmeister erkennt in ihren Resultaten politische Relevanz: Die massenhafte Verbreitung von Autos habe neue Wege und somit auch Lebensstile – generiert, die durch öffentliche Verkehrsmittel nicht ersetzt werden können. Dazu gehöre die Spritzfahrt über Land, genauso wie der Parcours, den die Mutter abfährt, um ihre Kinder vom Musikunterricht zum Reiten und von dort ins Schwimmen zu kutschieren.

Besonders das letztere Beispiel veranschaulicht. inwiefern Lebensstile der sozialen Distinktion dienen, also eine identitäre Funktion haben, welche die jeweiligen Praktiken transzendiert. Für die Umweltpolitik ergibt sich daraus die Einsicht, dass "eine grundlegende Änderung von Verkehrssystemen ohne einen Wandel von Lebensstilen kaum möglich sein dürfte. Um die Potentiale eines solchen Wandels abzuschätzen, ist es nötig, die sozial-kulturelle Bedeutung von Autos sowie die Ausdrucksfunktionen ihrer Nutzung zu untersuchen." Das Konzept fördert darüber hinaus das Zusammendenken von Sozial- und Umweltpolitik, u. a. weil es verdeutlicht, dass "die Freiheiten, sich aus strukturellen Zwängen zu lösen, sozial ungleich verteilt sind". Zudem könnten, so der Autor, nicht-konsumorientierte Wege sozialen Ausdrucks gefördert werden, "selbst dann, wenn sie nicht unmittelbar mit dem Umweltschutz im Zusammenhang stehen". Forderungen, wie eine Wiederbelebung des öffentlichen Raums oder gemeinschaftlichen bzw. politischen Engagements würden seit längerem aus verschiedenen Gründen erhoben - "warum ihre Umsetzung sich als schwierig erwiesen hat, ist nicht zuletzt eine Frage an die Lebensstilforschung."

Der Band enthält schließlich auch einen bemerkenswerten, primär wirtschaftswissenschaftlichen Beitrag. Sivan Kartha und Eric Kemp-Benedict vom Stockholm Environment Institute stellen gemeinsam mit Tom Athanasiou und Paul Baer von EcoEquity ihr Modell für ein internationales Klimaschutzregime vor, das einen Balanceakt zwischen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Realität und Utopie wagt. Die Autoren verstehen ihr "Greenhouse Development Rights Framework" als einen pragmatischen Ansatz, der von der Prämisse ausgeht, dass Klimaschutz die Entwicklungschancen ärmerer Länder nicht untergraben darf und eine möglichst faire Lastenverteilung garantiert sein muss. Sie setzen auf der Ebene der Individuen an, um sowohl Kapazität als auch Verantwortung für Klimaschutzmaßnahmen – den "Responsibility Capacity Index" (RCI) - zu berechnen, "in a manner that takes explicit account of the unequal distribution of income within countries". Der Index basiert auf dem BIP, der Einkommensverteilung, den Emissionswerten und der Bevölkerungszahl eines Landes und wird dann umgerechnet in den Beitrag, den ein Land an den vorgegebenen Emissionsreduktionen und den dafür nötigen finanziellen Mitteln leisten muss. Für alle Bürger eines Landes, die unterhalb eines bestimmten Einkommenssatzes (7 500 Dollar pro Jahr) liegen, gilt, dass sie keinen Beitrag leisten müssen. Im Jahr 2010 entspricht der RCI für die EU 25,7 Prozent, für die USA 33,1, für China 5,2, für Indien 0,3 und für die am wenigsten entwickelten Länder insgesamt 0 Prozent der Lasten. Umgerechnet in Treibhausgasemissionsbudgets ergeben sich für die Industriestaaten negative

Zielmarken: Luxemburg müsste seine Emissionen nach diesem Modell um 130 Prozent reduzieren (und eine Studie der ASTM, die diesen Herbst erscheinen soll, legt die Latte voraussichtlich noch wesentlich höher). Das heißt, Luxemburg müsste annähernd klimaneutral existieren und bei gerechter globaler Lastenverteilung zusätzlich Emissionsreduktionen in ärmeren Regionen finanzieren. Politischer Effekt der Greenhouse Development Rights soll ein Aufbrechen der starren Trennung von Industriestaaten und Entwicklungsländern sein, die derzeit ein Weiterkommen der Verhandlungen im UN-Prozess verhindern. Mit welchen Methoden die Emissionsreduktionen erreicht werden sollen, das überlassen die Autoren den politischen Entscheidungsträgern - und somit auch der Sozialwissenschaft als Ideenfundus. Der Sammelband zeigt, dass sie durch ihren spezifischen Blick Lösungsansätze für eine gerechte Energie-, Umwelt- und Sozialpolitik formulieren können, die einen konstruktiven Beitrag zum gesamtgesellschaftlichen Ringen um die "richtige" Antwort auf den Klimawandel liefern.

57

